



Jugendparlament

Tagesordnung Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 25. August 2020

Vorlagen-Nr. 19-F-03-0026

Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit zur Wahl des Jugendparlamentes

*- Beschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vom 03.12.2019 (BP 0079) -
- Protokollnotiz des Jugendparlamentes vom 22.01.2020 (PN 0011) -*

Für die Wahl des Jugendparlamentes werden alle Wahlberechtigten postalisch angeschrieben und erhalten einen Wahlzettel. Auf diesem Wahlzettel stehen alle Kandidat*innen mit Namen und Schulzugehörigkeit.

Es gibt zwar für die Kandidat*innen des Jugendparlamentes die Möglichkeit, Bilder und kurze Texte zu den Beweggründen der eigenen Kandidatur auf der Internetseite der Stadt Wiesbaden und des Jugendparlamentes einzustellen, diese Texte finden aber noch zu wenig Beachtung.

Das führt dazu, dass viele Schüler*innen vor allem nach Bekanntheitsgrad und Schulzugehörigkeit wählen, nicht aber nach der Agenda der Kandidat*innen.

Neben der guten Social Media Arbeit der Stadt, wäre es deshalb wichtig, Werbung näher an die Wahlberechtigten heranzubringen, so kann dann auch die Motivation der Jugendlichen sich für eine Kandidatur zu entscheiden, sich zu präsentieren und im Zuge dessen auch die Wahlbeteiligung gesteigert werden.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Plakate zu produzieren, mit dem Hinweis auf die nächste Wahl und diese zusätzlich mit einem QR Code zu versehen, damit die Wahlberechtigten die Möglichkeit bekommen mit ihrem Mobiltelefon die Kandidatentexte im Netz schnell und leicht aufzurufen.
2. diese Plakate an den berufsbildenden, privaten und öffentlichen Schulen im Wiesbadener Stadtgebiet zu verteilen, damit diese ausgehängt werden.
3. zusammen mit den Briefwahlunterlagen einen Infozettel (Flyer) zu versenden. Dieser Infozettel dient zur Aufklärung über die Arbeit und die Funktion des Jugendparlamentes und bietet zusätzlich die Möglichkeit auf die Kandidatenseite aufmerksam zu machen.

Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik 03.12.2019, BP 0079

Der Antrag wird mit der Bitte um Stellungnahme an das Jugendparlament überwiesen und nach Vorlage dieser Stellungnahme erneut in die Tagesordnung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik aufgenommen.

Beschluss Nr. 0044

Der Vorstand schreibt, stellvertretend für die Vollversammlung, eine Stellungnahme an den Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik. Der Inhalt der Stellungnahme wird in der Projektgruppe „Beteiligung nicht gewählter Jugendlicher (BNGJ)“ zusammengetragen.

Wiesbaden, .09.2020

Said
Vorsitzender